

1 Mrd. Mark für militärische Beschaffungen gestrichen wird und zweitens eine Auflage an das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung ergeht, die verbleibenden 75 % des Verteidigungshaushaltes - er war, wie Sie wissen, mit 4,4 Mrd. angesetzt - neu zu verteilen, um den neuen Anforderungen aus Abrüstung und Konversion gerecht zu werden. Eine Umstrukturierung von Teil 14 des Planentwurfs ist aus unserer Sicht zwingend notwendig.

Drittens sollte das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung veranlaßt werden, Personalkosten neu aufzuschlüsseln. Unter Berufung auf den Stellenplan wurden Personalkosten von etwas über 2 Mrd. Mark veranschlagt. Das ist ein Stellenplan für eine voll funktionstüchtige kriegsbereite Koalitionsarmee, in der es hochdotierte Führungsplanstellen gibt, die längst sinn- und nutzlos geworden sind. Dagegen werden die Personalkosten für die soziale Absicherung der Armeeangehörigen und Zivilbeschäftigten insbesondere bei ihrer Überleitung ins Zivilleben nicht erfaßt. Das muß unbedingt geändert werden. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und SPD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Ressort des Ministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Ich bitte den ersten Redner Herrn Abgeordneten Hegewald von der Fraktion der PDS, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Hegewald für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die DDR gehört zu jenen Ländern Europas mit den höchsten Umweltbelastungen. Vorsorgender Umweltschutz ist heute zu einer Existenzfrage der Menschheit geworden. Die Erhaltung der ökologischen Gleichgewichte, der Abbau ökologischer Risiken ist für Leben und Gesundheit auch der DDR-Bürger von prinzipieller Bedeutung.

Betrachtet man den vorliegenden Haushaltsplan, so ist es wie in alten Zeiten: Für die Sanierung der Umwelt ist fast kein Geld da. Ein Unterschied besteht allerdings: In früheren Zeiten wurde über notwendige Umweltsanierung fast kaum geredet, heute dagegen wird darüber sehr viel geredet, sieht man sich aber die materiellen Mittel an, so stehen sie in keinem Verhältnis zu dem, was da gesprochen wird.

Der Haushaltsplan für das zweite Halbjahr 1990 zeigt die gleiche Kurzsichtigkeit wie früher, nämlich: Umweltschutz kostet Geld, deshalb können wir ihn uns kaum leisten. Wer aber jetzt nicht eine Mrd. Mark in den Umweltschutz investiert, muß in den nächsten Jahren 3 Mrd. Mark für die Beseitigung von Folgeschäden ausgeben. Weitsichtige Wirtschaftspolitik orientiert sich deshalb schon jetzt an den ökologischen Erfordernissen.

Am Haushaltsplan ist folgendes auffällig:

Erstens: Die Differenz zwischen Einnahmen des Umweltministeriums und seinen Ausgaben. Unverständlich ist, daß über 1 Mrd. DM eingenommen wird und daß 779 Mio DM ausgegeben werden. Was soll mit dem Differenzbetrag geschehen? Vom Umweltministerium liegen Vorschläge vor. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn diese berücksichtigt würden. Der begründete Bedarf, also die Minimalforderung des Umweltministeriums beträgt 1,27 Mrd. DM. Bewilligt wurden 225 Mio DM für ökologische Infrastruktur und weitere 554 Mio DM für entsprechende Maßnahmen. Die Verwirklichung des Rahmengesetzes wird damit sehr erschwert.

Meine Damen und Herren! Mir scheint es so, daß mit diesen Entscheidungen deutlich wird, daß in manchen Köpfen, die hier entschieden haben, immer noch das alte Denken vorherrscht, was wir eigentlich aus dem vorigen Jahr schon kennen und wo sich nicht allzuviel geändert hat. Übrigens habe ich diese Anfragen im vorigen Jahr auch schon gestellt, vor der Wende, und ich

muß mit Bedauern feststellen, daß sich da noch nicht sehr viel geändert hat.

Zweitens: Die Proportionen zwischen den Ausgaben für Umweltschutz und Ausgaben für Verteidigung sind für meine Begriffe unerträglich und überhaupt nicht zu rechtfertigen. So werden 1,2 Milliarden D-Mark für die sogenannten sächlichen Verwaltungsausgaben in der Armee verwendet, das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung benötigt 4,4 Mrd. D-Mark im 2. Halbjahr, der Umweltschutzbedarf ist mit 1,27 Milliarden angegeben, und es wäre sehr zu begrüßen, wenn wir mehr Geld für die Abrüstung hätten und dieses Geld, das frei wird, für den Umweltschutz nutzen könnten.

Im Haushaltsplan ist davon nichts zu lesen. Vielleicht könnte Herr Eppelmann, sollte er inzwischen aus dem Urlaub zurückgekommen sein, näher darauf eingehen.

Drittens: Die Umweltinvestitionen in einzelnen Bezirken fallen recht unterschiedlich aus. Zum Beispiel ist der Bezirk Leipzig mit wenig Mitteln bedacht, ist aber eines der Gebiete, das sehr hoch belastet ist.

Es gibt im Haushaltsplan leider auch keine Anschubfinanzierung für die Sanierung von Bitterfeld und Wolfen. Die Katastrophengebiete, die ja in diesem Jahr schon frühzeitig festgestellt wurden, müßten eigentlich entsprechend saniert werden. Aber das Geld ist nicht da. Die großen Worte von der neuen Umweltpolitik bleiben damit Schall und Rauch.

Meine Anfrage an das Umwelt- und an das Finanzministerium wäre deshalb: Wie ist die Sanierung der vier Katastrophengebiete finanziell zu sichern?

Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, Umweltschutz ist teuer. Aber noch teurer ist Sparsamkeit an der falschen Stelle. Sie kann uns das Leben kosten. Die PDS-Fraktion lehnt deshalb den vorliegenden Teil 16 des Haushaltsplanes ab.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun von der Fraktion CDU/DA den Abgeordneten Herrn Ehlers, das Wort zu nehmen.

Ehlers für die Fraktion CDU/DA:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach jahrelanger sozialistischer Umweltpolitik in den Farben der DDR, die eine Anti-Umweltpolitik der SED und insbesondere eines gewissen Herrn Mittag war, können wir uns als Parlament erstmalig mit einem Haushaltsplanentwurf für das Ministerium für Umwelt, Natur, Energie und Reaktorsicherheit beschäftigen, der nicht dank dem Politbüro bereits eine unwiderruflich beschlossene Angelegenheit ist.

Maßstäbe, meine Damen und Herren, für die Bewertung dieses Einzelplanes sind meiner Auffassung nach die Regierungserklärung unseres Premierministers sowie die dank den beiden deutschen christdemokratischen Umweltministern herbeigeführte Umweltunion für das Umweltrahmengesetz.

Unter diesem Gesichtspunkt und aufgrund des katastrophalen Zustandes von Natur und Umwelt in der Noch-DDR sind die im Einzelplan konzipierten Gesamtausgaben in Höhe von 554 Millionen D-Mark nach Einschätzung der CDU/DA-Fraktion unzureichend; denn mit der genannten Größenordnung wird den berechtigten Forderungen des Ministeriums nicht entsprochen.

Hinzu kommt - Herr Kollege Hegewald hat das bereits gesagt -, daß dem Ministerium aus dem Fonds zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen nur 225 Millionen D-Mark anstelle der geforderten 1,2718 Milliarden D-Mark zugewiesen wurden. Danach, und das kann man meiner Meinung nach als Parlament